

Dramatischer Anstieg rassistischer Angriffe

Das Jahr 2015 war für die Mitarbeiter_innen der Opferperspektive von dem dramatischen Anstieg rechter, vor allem rassistischer Angriffe geprägt. Der Anstieg der Angriffszahlen um 120 Prozent innerhalb eines Jahres war der höchste, den wir seit Gründung der Opferperspektive e.V. verzeichnen mussten.

Nach einem halben Jahr lässt sich sagen, auch im Jahr 2016 tritt in dieser Hinsicht keine Entspannung ein. Wir sind mit einer Vielzahl von Angriffen konfrontiert, die teilweise von außerordentlicher Brutalität gekennzeichnet sind. Trauriger Spitzenreiter bleibt dabei der Süden Brandenburgs. Das hier herrschende Klima der Gewalt wird begünstigt von der in vielen Orten dieser Region dominierenden rechten Alltagskultur. Hier sind Staat und Zivilgesellschaft dringend gefordert Abhilfe zu schaffen (siehe Text auf Seite 3).

Der Beratungsbedarf im Land ist nicht nur quantitativ enorm gestiegen. Aufgrund der hohen Zahl angegriffener Asylbewerber_innen sehen sich die Be-

rater_innen der Opferperspektive auch mit neuen Herausforderungen konfrontiert. So müssen Dolmetscher_innen für Sprachen wie Somali und Tigrinya gefunden werden, die in unserer bisherigen Beratungspraxis kaum eine Rolle gespielt haben. Vermehrt muss auch darum gekämpft werden, dass Opfer rechter Gewalt nicht abgeschoben werden, bevor sie ihre strafprozessualen Rechte geltend machen konnten und eine adäquate medizinische Behandlung erfahren haben (mehr dazu auf Seite 2).

Bei der Beratung von Betroffenen rassistischer Gewalt machen wir zudem immer wieder die Erfahrung, dass physische Angriffe nur die Spitze tagtäglich erlebter rassistischer Herabsetzungen darstellen. In Fällen rassistischer Diskriminierung erfahren die Betroffenen Unterstützung durch die Mitarbeiter_innen der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg der Opferperspektive e.V., die ihre Arbeit im Beileger dieses Schattenberichtes vorstellt.

MONITOR

Im Mai ist eine kamerunische Geflüchtete zu Fuß in Guben unterwegs, als sie aus einem Auto heraus rassistisch beleidigt wird. Sie ignoriert die Beleidigungen und setzt ihren Weg fort. Das Auto schneidet ihr daraufhin den Weg ab. Als sie in Richtung Wagen blickt, wird ihr aus dem Auto heraus ein Reizstoff ins Gesicht gesprüht. Bevor sich das Auto mit den vier Insassen entfernt, lachen diese die Frau aus. Passant_innen, die die Situation beobachten, greifen nicht ein und kommen auch nicht zu Hilfe.

MELDUNG

NSU-Untersuchungsausschuss für das Land Brandenburg eingerichtet

Auch im Land Brandenburg ist ein NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt worden. Hauptaufgabe des parlamentarischen Gremiums wird es sein, die Verwicklungen des Brandenburger Verfassungsschutzes in den NSU-Komplex aufzuklären. Dessen V-Mann Carsten Szczepanski alias „Piatto“ berichtet schon frühzeitig über Bemühungen des NSU sich zu bewaffnen. Darüber hinaus soll die gesamte Szene militant neonazistischer und terroristischer rechter Gruppen der 90er und frühen 2000er Jahre unter die Lupe genommen werden. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses wird von der Gruppe NSU-Watch Brandenburg kritisch begleitet werden. Unter www.brandenburg.nsu-watch.info wird sie die Arbeit des Untersuchungsausschusses dokumentieren und eigene Analysen veröffentlichen.

INHALT

MELDUNG.....Seite 1
NSU-Untersuchungsausschuss für das Land Brandenburg eingerichtet

THEMA.....Seite 2
Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt – Rechtsstaatliche Notwendigkeit und ein Zeichen der Gerechtigkeit

VOR ORT.....Seite 3
Zahl rechter Angriffe in Cottbus und Spree-Neiße auch im ersten Halbjahr 2016 auf hohem Niveau

BERICHT.....Seite 4
Ende Gelände – Angriffe auf Umweltaktivist_innen

PUBLIKATION.....Seite 4
Generation Hoyerswerda

IMPRESSUM.....Seite 4

Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt – Rechtsstaatliche Notwendigkeit und ein Zeichen von Gerechtigkeit



Rassistische Schmiererei auf dem Briefkasten von migrantischen KlientInnen der Opferperspektive

Die gestiegene Zahl rassistischer Angriffe auf Asylbewerber_innen hat dem Thema „Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt“, mit dem sich die Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt schon seit Jahren auseinandersetzen, besondere Dringlichkeit verschafft.

Auch die Opferperspektive e.V. war in diesem Jahr schon damit konfrontiert, dass Opfer rechter Angriffe abgeschoben oder zur Ausreise gedrängt wurden. Zum einen die Betroffenen eines rassistischen Pfeffersprayangriffs auf eine Flüchtlingsunterkunft im südlich von Berlin gelegenen Massow im September 2015, bei dem 80 Personen verletzt wurden. Die Betroffenen aus den Ländern des Balkans wurden von der zuständigen Ausländerbehörde massiv unter Druck gesetzt Deutschland zu verlassen, ohne dass sie eine adäquate medizinische Behandlung oder psychologische Betreuung erhielten.

Wenig später schob der Landkreis Elbe-Elster mehrere Geflüchtete einer Sammelabschiebung nach Polen ab. Da-

runter befanden sich auch Betroffene eines rechten Angriffes, der am 12. Dezember 2015 in Finsterwalde stattfand. Sechs Kriegsflüchtlinge aus Tschetschenien waren auf dem Weg zu ihrer Gemeinschaftsunterkunft aus einem vorbeifahrenden Auto beschossen worden. Die polizeilichen Ermittlungen zu dem Fall dauern noch an. Das Sozialamt des Landkreises verweigerte den traumatisierten Kriegsflüchtlings bis Februar 2016 eine psychologische Unterstützung. Als es zusicherte, eine psychologische Mindestversorgung erneut zu prüfen, wurden mindestens zwei der Betroffenen kurzerhand durch die Ausländerbehörde abgeschoben.

Im Fall einer Gruppe von Albaner_innen, die aus Massow abgeschoben wurden, gelang es einem Mitarbeiter der Opferperspektive Kontakt herzustellen und sie in Albanien zu besuchen. In den Gesprächen vor Ort wurde deutlich, dass viele von ihnen noch immer unter den Angriffsfolgen leiden und keine Möglichkeit haben, diese vor Ort behandeln zu las-

sen. Hinzu kommt bei einigen das Gefühl, dass man sie zur Ausreise gedrängt hat, um zu verhindern, dass sie als Opfer einer Straftat Ansprüche geltend machen. Tatsächlich hat die erzwungene Ausreise die Betroffenen von allen Möglichkeiten abgeschnitten, ihre Rechte als Opfer einer Straftat wahrzunehmen.

Neben den psychischen und medizinischen Auswirkungen die Angriff und Abschiebung auf die Betroffenen haben, behindert die erzwungene Ausreise der in der Regel wichtigen Zeug_innen die Strafverfolgung der Täter_innen. In der Beratungspraxis müssen die Mitarbeiter_innen der Opferperspektive immer wieder erleben, dass Strafverfahren eingestellt werden oder mit einem Freispruch für die Täter_innen enden, wenn die Aussagen der Zeug_innen fehlen. Eine Möglichkeit, die ausgewiesenen Zeug_innen zu laden, besteht faktisch nicht.

Auf diesen Umstand machte die Opferperspektive in einer Pressekonferenz des Brandenburger Innenministeriums aufmerksam. Dadurch angeregt beantragte die Fraktion Bündnis 90/Grüne im Brandenburger Landtag, die Voraussetzungen für ein Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt zu schaffen. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, dafür aber ein Entschließungsantrag der rot-roten Regierungskoalition angenommen, der die Landesregierung auffordert: „die gesetzlichen Möglichkeiten des Aufenthaltsrechts zu nutzen, um Opfern rechter Straftaten vorübergehend ein Bleiberecht einzuräumen [...], gegenüber den Kommunen darauf hinzuwirken, dass diese bei Opfern rechter Gewaltstraftaten von den Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und Duldungen auf der Grundlage des Aufenthaltsgesetzes Gebrauch machen“. Ende des Jahres soll die Landesregierung dem Parlament über die getroffenen Maßnahmen und deren Effekte Bericht erstatten. Die Opferperspektive wird die Entwicklungen genau beobachten und sich weiter für ein Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt einsetzen.

Zahl rechter Angriffe in Cottbus und Spree-Neiße auch im ersten Halbjahr 2016 auf hohem Niveau



Mit Graffiti markieren im Süden Brandenburgs Rechte ihre territorialen Dominanzansprüche

Teilnehmende des linksalternativen, klimakritischen Camps „Ende Gelände“ in der Lausitz wurden Mitte Mai während ihrer Proteste mehrfach Ziel von rechten Angriffen (siehe Kurzberichte auf Seite 4). Augenzeug_innen berichten, dass Bedrohungen und Beleidigungen gegen Teilnehmende des Camps u.a. von organisierten Rechten aus der Region Spree-Neiße und Cottbus ausgingen. Dies verwundert nicht, da in der Region seit Langem eine gewaltbereite rechte Szene aktiv ist und die Opferperspektive dort seit Jahren ein hohes Aufkommen rechter Angriffe dokumentiert. Im Jahr 2015 zählte die Opferperspektive mit insgesamt 57 rechtsmotivierten Angriffen (davon 29 in Spree-Neiße und 28 in Cottbus) einen negativen Spitzenwert, sowohl im Vergleich zu anderen Landkreisen, als auch mit den Vergleichszahlen aus den Vorjahren. Deutlich mehr als die Hälfte dieser Angriffe waren rassistisch motiviert (33), davon 18 in Cottbus und 15 im Landkreis Spree-Neiße.

Im Jahr 2016 scheint dieser Trend ungebrochen. In der kreisfreien Stadt Cottbus verzeichnet die Opferperspek-

tive derzeit fast wöchentlich rechte Angriffe. Vorwiegendes Tatmotiv ist – dies auch eine Parallele zum vergangenen Jahr – Rassismus. Anfang des Jahres traf es mehrfach Bewohner_innen der Unterkunft für Geflüchtete in der Feldstraße in Cottbus-Schmellwitz. Dort wurden Anfang des Jahres Geflüchtete, meist auf dem Weg zur Tramhaltestelle, mehrfach mit Flaschen beworfen. Zudem berichteten Betroffene von häufigen rassistischen Beleidigungen im Alltag. Ebenfalls in Schmellwitz hetzte am 26. Februar ein Betrunkener seinen Hund auf drei Geflüchtete, die hierdurch an den Oberarmen und am Knie verletzt wurden. Die von der Opferperspektive erfassten weiteren rassistischen Angriffe verteilen sich über verschiedene Stadtteile in Cottbus. Betroffene berichten den Berater_innen vermehrt davon, dass sie sich in der Stadt nicht mehr sicher fühlen, unabhängig von Uhrzeit und Stadtteil. Außerdem berichten sie von einer Zunahme von Alltagsrassismus und rassistischen Beleidigungen. Beides sind Gründe, so die Betroffenen, die Stadt so bald wie möglich wieder verlassen zu wollen, entweder nach erfolgter Zuerkennung des

Asylstatus oder nach Abschluss des Studiums.

Auch im Landkreis Spree-Neiße verharrt die Zahl rechter Angriffe im bisherigen Jahresverlauf auf hohem Niveau. Dies nicht nur aufgrund der eingangs erwähnten rechten Angriffe im Zusammenhang mit den Protestaktionen von „Ende Gelände“. Ein Schwerpunkt rassistisch motivierter Taten ist derzeit die Stadt Guben. Bereits am 16. März dieses Jahres wurde hier eine syrische Familie auf dem Weg zum Einkauf mit Steinen beworfen. Die Familie, die mit kleinen Kindern unterwegs war, konnte sich glücklicherweise ohne schwere Verletzungen nach Hause flüchten. Eine Geflüchtete aus Kamerun wurde am 16. Mai von Unbekannten aus einem Auto heraus rassistisch beleidigt. Als sie versuchte zu flüchten, schnitt ihr das Auto den Weg ab. Einer der Insassen sprühte ihr dann aus kurzer Entfernung Reizgas ins Gesicht, woraufhin die Frau mit Augenverletzungen zurückblieb. Umstehende Passant_innen griffen leider nicht zur Unterstützung der Betroffenen ein. Darüber hinaus gibt es in Guben eine Serie von rassistisch motivierten Angriffen auf die Unterkunft für Geflüchtete in der Deulowitzer Straße. Hier kam es in den vergangenen Monaten zu mindestens drei gewalttätigen Angriffen durch Rechte. Bei mindestens zwei Attacken entstand Sachschaden an der Fassade oder den Fenstern. In einem Fall vom 30. Mai ermittelt die Polizei wegen Volksverhetzung.

Ein Ende der rechten und vor allem rassistischen Zustände vor Ort ist derzeit nicht absehbar. Um die Entwicklung zu stoppen bzw. bestenfalls umzukehren wäre eine gemeinsame Offensive aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Ermittlungsbehörden und Politik notwendig. Auch dies ist leider derzeit nicht absehbar. Trotz allem ist es notwendiger denn je, solidarisch auf der Seite der Betroffenen zu stehen und die Ansätze für ein gemeinsames Zurückdrängen des rechten Gebahrens zu stärken.

BERICHT

Zu Pfingsten kamen mehrere Tausend Umweltaktivist_innen aus ganz Europa in die Lausitz, um unter dem Motto „Ende Gelände“ gegen die Nutzung von Braunkohle, die dort abgebaut und verstromt wird, als Energieträger zu protestieren. Unversehens sahen sich viele Demonstrant_innen mit massiver rechter Gewalt konfrontiert.

Über das gesamte Wochenende hinweg waren Menschen, die sich an den Anti-Kohle-Protesten beteiligten, Übergriffen ausgesetzt. Teilweise handelte es sich dabei um geplante Überfälle. In ande-

ren Fällen bildete sich in größeren Menschenmengen eine brisante Mischung aus rechten Gewalttäter_innen und „Pro-Kohle“-Demonstrierenden, aus der heraus Angriffe verübt wurden. Mehrmals versuchten Gruppen von etwa 50 Angreifer_innen, die überwiegend der lokalen Neonazi- und Hooliganszene zugeordnet werden können, Protestteilnehmer_innen mit Waffen und Sprengkörpern anzugreifen.

So wurde eine Mahnwache von „Ende Gelände“ im Spremberger Ortsteil Tschörpe durch mehrere Vermummte

mit Baseballschlägern angegriffen. Wiederholt versuchten Unbekannte, Teilnehmende der Proteste mit Autos von der Straße abzurängen, darunter auch einen Journalisten der „Taz“. Auch auf dem Lausitz-Camp, in dem die Protestierenden übernachteten, wurde mindestens eine Person durch maskierte Angreifer_innen niedergeschlagen und am Boden liegend getreten. Verschärfend kam hinzu, dass sich eingesetzte Polizeibeamt_innen in mehreren Fällen weigerten, Anzeigen durch Betroffene aufzunehmen oder diese zu schützen.

PUBLIKATION

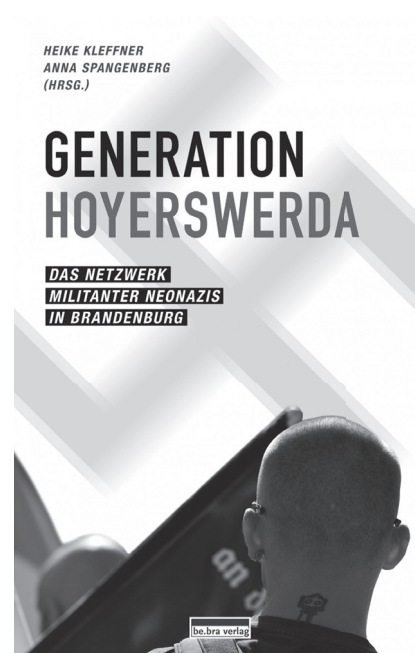
Die Neuerscheinung „Generation Hoyerswerda - Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg“ beleuchtet, wie Brandenburger Neonazis in den 1990er Jahren Untergrundzellen aufbauten und Anschläge begingen. Betrachtet werden auch die Arbeit des Verfassungsschutzes und Verbindungen in das Netzwerk der Terrorgruppe NSU.

Brandanschläge, Morde und Überfälle – Rechte Gewalttäter verbreiteten schon in den 1990er-Jahren Angst und Schrecken im Land Brandenburg. Ihr Vorbild: Hoyerswerda – die sächsische Stadt, aus der 1991 nach schweren Krawallen alle Flüchtlinge evakuiert worden waren.

Das nun erschienene Buch von Heike Kleffner und Anna Spangenberg zeichnet die Radikalisierung der brandenbur-

gischen Neonazis nach. Dabei geraten auch die Rolle des Verfassungsschutzes und Verbindungen in das Netzwerk der Terrorgruppe NSU in den Fokus. Schließlich wird gezeigt, wie Neonazis der „Generation Hoyerswerda“ heute die Proteste gegen Flüchtlingsheime anfachen: Droht eine Welle rechter Gewalt – mit Pogromszenen wie vor 25 Jahren?

Heike Kleffner (Hg.), Anna Spangenberg (Hg.): „Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg“; Februar 2016; 20,- Euro; ISBN 978-3-89809-127-5



IMPRESSUM



Opferperspektive e. V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Telefax: 0331 8170001

E-Mail: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion: Hannes Püschel

Spendenkonto 3813100
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 10020500
IBAN: DE34100205000003813100